



Zukunftsfähige Energiepolitik - Industriestandort sichern, Klimaziele erreichen, Energiepreise senken

Zusammenfassung

Baden-Württemberg ist bereit für die klimaneutrale Energiezukunft. Der Ausbau der Erneuerbaren im Land ist auf Kurs – doch der Bund sendet falsche Signale: Statt den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen, setzt er auf Verzögerung und neue Abhängigkeiten durch fossiles Gas. Das gefährdet nicht nur Klimaziele, sondern auch Standort und Beschäftigung. Als grüne Landtagsfraktion fordern wir deswegen vom Bund: weniger Verunsicherung, mehr Planungssicherheit, verlässliche Rahmenbedingungen und einen klaren Vorrang für Erneuerbare und Innovation. Das ist gut für den Standort, für unsere Sicherheit – und trägt mittelfristig zu bezahlbaren Energiepreisen für alle bei.

Die Energiewende sichert Wohlstand und Lebensgrundlagen - aber sie braucht politische Verlässlichkeit

Baden-Württemberg ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Damit das so bleibt, brauchen unsere Unternehmen und Kommunen verlässlichen Zugang zu sauberer, sicherer und bezahlbarer Energie. Eine konsequent umgesetzte Energiewende ist dafür die zentrale Voraussetzung – sowohl für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen als auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie.

Die Energiewende muss für alle funktionieren – für Unternehmen genauso wie für Bürger*innen. Das bedeutet: Strompreise dürfen kein Standortnachteil für unsere Industrie sein und keine soziale Belastung für Privathaushalte werden. Die gute Nachricht ist: Erneuerbare Energien sind heute die günstigste Form der Stromerzeugung – wenn wir Netze ausbauen, Bürokratie abbauen und gezielt investieren, können wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und sinkende Strompreise zusammenbringen. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen vom Bund: eine entschlossene Strommarktreform, eine zielgerichtete Strompreiskompensation für die Industrie und wirksame Entlastungen bei den Netzentgelten für alle Verbraucher*innen. Mit dem beschleunigten Ausbau von Photovoltaik auf

den Dächern, auf Freiflächen, als Agri- und Floating-PV, Windkraft und Tiefengeothermie sind wir im Land bereits auf einem guten Weg. Außerdem hat Baden-Württemberg weitere exzellente Bausteine für die Energiewende zu bieten: Wasserkraft und nachhaltige Biomassenutzung wie Holz und Biogas.

Doch gerade jetzt untergräbt die Bundesregierung das Vertrauen in die Energiewende: durch fehlende Investitionssicherheit, überdimensionierte fossile Kraftwerkspläne und das Ausbremsen strombasierter Lösungen. Bei Dach-PV und Biogas wächst die Verunsicherung in der Branche. Baden-Württemberg will stattdessen weiter vorangehen – dafür brauchen wir auch bundespolitisch einen klaren Kurs: Erneuerbare stärken, Innovation ermöglichen, fossile Abhängigkeiten überwinden.

Baden-Württemberg liefert - wir machen Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren

Die Energiewende ist kein Zukunftsprojekt – sie findet jetzt statt. In Baden-Württemberg erreichen wir Rekordzahlen beim Ausbau der Photovoltaik, haben wir die Genehmigungsverfahren für Windenergie verkürzt und setzen auf die gezielte Förderung von Tiefengeothermie und Biogas im Sinne der Biogasstrategie des Landes Baden-Württemberg, auf den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und auf gezielte Investitionen in Effizienz und Speichertechnologien. Damit machen wir Tempo.

Mit Erfolg im Übrigen auch bei der Windkraft: Stand Juli 2025 sind über 1250 neue Windkraft-Anlagen in Planung oder im Verfahren.

Das zeigt: Im Land wird angepackt. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, dann sind Bürger*innen, Kommunen und Unternehmen bereit, mitzuwirken.

Was wir jetzt vom Bund brauchen - unsere Erwartungen an Berlin

1. Planungssicherheit statt Zickzackkurs

Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Wer neue Produktionsanlagen plant, Speicher entwickelt oder in Wärmenetze investiert, muss sich auf den Bund verlassen können. Doch mit jeder Rolle rückwärts bei der Kraftwerksstrategie oder der CO₂-Bepreisung schwindet das Vertrauen.

- Wir fordern: Ein Bundesklimaschutzgesetz mit Verbindlichkeit – und ein klares Bekenntnis zu den Erneuerbaren Energien.
- Wir setzen uns auf Bundesebene weiter dafür ein, die bisherigen Ausbaupfade für die Erneuerbaren beizubehalten. Solange sich die Erneuerbaren noch nicht finanziell selbst tragen, sollen bei der Weiterentwicklung des EEG weiterhin attraktive Einspeise-

vergütungen vorgesehen werden. Wenn Bürger*innen sich finanziell mit einer Dach-PV-Anlage für die Energiewende engagieren, sollen sie auch direkt davon profitieren. Insgesamt setzen wir uns dafür ein, die planungs- und genehmigungsrechtlichen Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

2. Klarer Vorrang für Erneuerbare – statt fossiler Planwirtschaft

Die Pläne von CDU und SPD im Bund für neue 20 GW an fossilen Kraftwerken ohne verbindliche Wasserstofftauglichkeit sind nicht nur überdimensioniert; sie sind klimapolitisch fatal. Statt Innovationen zu ermöglichen, werden Milliarden in alte Technik gesteckt. Wer jetzt auf fossiles Gas setzt, blockiert Speicher- und Wasserstofftechnologien, und zementiert Abhängigkeiten von fossilen Importen.

- Wir sagen klar: Neue fossile Kapazitäten nur, wenn diese wasserstofftauglich sind!
- Keine milliarden schwere Gasplanwirtschaft auf Kosten von Innovation und Klimaschutz!
- Keine Investitionen in CO₂-Abscheidung bei fossilen Kraftwerken die sich nur lohnen, wenn die Anlagen noch Jahrzehnte laufen und über Steuergelder finanziert werden.
- Flexibilisierung des Stromsystems, um eine dezentrale Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu ermöglichen - fossile Kraftwerke nur als Übergangstechnologie. Dazu können auch Biogasanlagen auf Basis von überwiegend Reststoffen beitragen.

3. Strom bezahlbar machen – für Menschen, Betriebe und das Klima

Erneuerbare Energien sind heute die günstigste Form der Stromerzeugung – doch davon merken viele Menschen und Betriebe in Baden-Württemberg wenig. Denn: Die Strompreise bleiben hoch – besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen, für das Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen und für die Industrie im internationalen Wettbewerb. Damit droht die Energiewende zur sozialen Frage zu werden – und zu einem Standortnachteil.

Bezahlbare Energie ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Akzeptanz und wirtschaftlichen Erfolg. Wenn klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen, E-Mobilität oder strombasierte Produktionsprozesse langfristig teurer sind als fossile Alternativen, funktioniert die Transformation nicht. Deshalb muss der Strompreis dringend runter – nicht nur für die Industrie, sondern auch für Bürger*innen.

Die schwarz-rote Bundesregierung verpasst es, diesen Weg zu ebnen: Sie hat die im Koalitionsvertrag angekündigte Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum gestrichen. Stattdessen wird nun die Gasspeicherumlage aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) bezahlt – Milliarden fließen damit in die Verbilligung fossiler Energie statt in den Umbau. Ein fatales Signal: Strom bleibt teuer, Gas wird subventioniert. So wird Klimaschutz gebremst – und soziale Ungleichheit verschärft.

Wir fordern:

- **Stromsteuer auf das europäische Minimum senken**
Damit alle spürbar entlastet werden – und klimafreundliche Technologien endlich auch wirtschaftlich attraktiv sind.
- **Klimageld jetzt!**
Der CO₂-Preis ist ein zentrales Instrument für den Klimaschutz – aber er darf nicht zur sozialen Schieflage führen. Deshalb fordern wir ein Klimageld, das jährlich an Bürger*innen ausgezahlt wird. Wer wenig verbraucht, spart – wer viel verbraucht, zahlt. So entsteht ein fairer Ausgleich und ein echter Anreiz zum Energiesparen.
- **Balkon-PV im Sozialwohnungsbau**
Wer wenig Geld hat, soll trotzdem von günstiger Sonnenenergie profitieren können. Dafür braucht es eine echte Solaroffensive im sozialen Wohnungsbau – beispielsweise dadurch, dass bei geförderten Wohnungen Balkon-PV durch das Land unterstützt wird.
- **Netzausbau beschleunigen – Redispatch-Kosten senken**
Der Ausbau der Stromnetze kommt zu langsam voran. Engpässe müssen mit teuren Ausgleichsmaßnahmen (Redispatch) behoben werden – das zahlen letztlich die Verbraucher*innen. Je schneller der Netzausbau, desto niedriger die Stromrechnung.
- **Stromspeicher besser für die Energiewende nutzen:** Solarstrom fällt oft dann an, wenn er nicht sofort gebraucht wird – etwa mittags statt abends. Deshalb braucht es klare Anreize, Strom zwischenzuspeichern und später einzuspeisen. Nötig sind unbürokratische Regeln für Ein- und Ausspeicherung sowie die Möglichkeit, selbst erzeugten Strom zu einem späteren Zeitpunkt vergütet ins Netz zu geben. Mit solch einer intelligenten Reform der Einspeisevergütung können auch kleine PV-Anlagen mit Speichern das Netz entlasten und Versorgungssicherheit stärken. Voraussetzung dafür sind schnelle rechtliche Anpassungen und eine konsequente Digitalisierung des Energiesystems.
- **Klima- und Transformationsfonds (KTF) schützen**
Der KTF ist kein Reparaturfonds für fossile Altlasten, sondern Investitionsmotor für die klimaneutrale Zukunft. Wir fordern eine zielgerichtete Verwendung für echten Klimaschutz – nicht für fossile Subventionen.
- **Eigenkapitalquote der kommunalen Unternehmen erhöhen**
Wir fordern den Bund auf, dass das Geld, das in den Klimatransformationsfonds überführt wird, auch verwendet wird, um die Eigenkapitalbasis der Stadtwerke zu verbessern. Denn eine bessere Eigenkapitalbasis heißt auch, die Fremdfinanzierung zu erhöhen. Wenn ein Stadtwerk sein Eigenkapital aufstockt, kann es dadurch Fremdkapital in mehrfacher Höhe mobilisieren. Auch im Land muss endlich über eine Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung gesprochen werden, um den Spielraum den Kommunen für Investitionen zur Umsetzung der Energie-

und Wärmewende zu erhöhen. Den kommunalen Unternehmen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich an den Finanzmärkten das Kapital für die notwendigen Investitionen ins den Klimaschutz vor Ort zu holen. Dafür muss der Bund die Mittel den Kommunen zur Verfügung stellen – zum Beispiel aus dem Klimatransformationsfonds.

Unser Ziel:

Klimafreundlicher Strom muss für alle bezahlbar sein – nicht nur für große Unternehmen, sondern auch für Mieter*innen, Handwerker*innen und Familien. Nur dann wird die Energiewende zum gemeinsamen Erfolg – und Baden-Württemberg bleibt ein starker, sozial gerechter Wirtschaftsstandort.

4. Netzausbau sichern – für Strom wie für Wasserstoff

Der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze muss mit dem Erneuerbaren-Ausbau Schritt halten. Das gilt für Strom ebenso wie für Wasserstoff. Doch gerade hier herrscht Unsicherheit: fehlende Kapazitäten, schleppende Planungsprozesse, unklare Zuständigkeiten. Strom und künftig Wasserstoff müssen da ankommen, wo sie gebraucht werden!

Wir fordern:

- Der Netzanschluss für neue Solaranlagen muss sichergestellt werden. Hier sind die Netzbetreiber (z. B. Netze BW) gefragt.
- Wir erwarten eine klare Netzausbaustrategie des Bundes für Strom und Wasserstoff, die Länder und Regionen wie Baden-Württemberg absichert! Dabei muss die Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur und deren Prozesshoheit gewahrt bleiben.
- Wir fordern die rasche Verabschiedung der Kraftwerksstrategie, um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben und Investitionen der Unternehmen anzustoßen.

5. Klarheit über die Verwendung der 100 Milliarden Euro im Klima- und Transformationsfonds

Der Klima- und Transformationsfonds wurde unter großen Mühen gesichert – jetzt kommt es auf eine schnelle, verlässliche und transparente Entscheidung darüber an, wie diese Mittel eingesetzt werden sollen. Es braucht einen klaren Prioritätenrahmen für Klimaschutz und Transformation – insbesondere für Erneuerbare Energien, Speicher, Netze, kommunale Wärmewende und klimafreundliche Industrieprozesse.

Was Baden-Württemberg jetzt voranbringt - im Land handeln, im Bund antreiben

Baden-Württemberg bleibt auf Kurs – auch wenn Berlin schwankt. Mit der aktuellen Novelle des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes (KlimaG BW) schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die kommunalen Wärmepläne auch in den kleineren Kommunen erstellt werden. Dabei setzen wir auch auf starke Partner vor Ort: Die regionalen Energieagenturen (rEAs) sind das Bindeglied zwischen Land und Kommunen. Sie beraten zu Wärmeplanung, Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren – unabhängig, kompetent und nah an den Menschen. Ihre Finanzierung haben wir erhöht und verstetigt – für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in der Fläche.

Das Land Baden-Württemberg wird auch seiner Verantwortung als Aktionär des größten Energieversorgers in Südwestdeutschland gerecht: Mit den Garantiermächtigungen im Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 hat das Land die NECKARPRI-Gesellschaften in die Lage versetzt, sich an der Kapitalerhöhung der EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) von mehr als 3 Mrd. € zu beteiligen. Mit der Zustimmung zu einer Kapitalerhöhung um mehr als 3 Mrd. € wird die EnBW in die Lage versetzt, ihre Energiewendeprojekte wie den Ausbau von Wind, Solar, Netzen und Speichern kraftvoll umzusetzen.

Auch bei der Photovoltaik bleibt Baden-Württemberg Vorreiter: Die PV-Pflicht für Neubauten, Dachsanierungen und große Parkplätze ist ein Erfolgsmodell und Wirtschaftsmotor – ein bewährtes Instrument, das wir weiter kommunizieren und konsequent weiter umsetzen.

Wir halten an den konkreten Sektorzielen fest, wie sie im KlimaG BW verankert sind: verbindliche Reduktion von Treibhausgasen um mind. 65 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 – in allen Sektoren. Damit sind wir Modellland: Unsere Instrumente – Wärmeplanung, PV-Pflicht, sektorale Zielvorgaben – wurden bundesweit übernommen.

Wir gehen entschlossen weiter – das bringen wir jetzt auf den Weg:

- **Wärmeplanung mit Leben füllen:** Begleitung der Kommunen durch die überarbeitete Wärmeplan-Novelle und das KLIMOPASS-Förderprogramm für klimaresiliente Infrastruktur (z. B. Schwammstadt, Hitzeaktionspläne)
- **Monitoring stärken:** Jahresberichte, Projektionsberichte alle drei Jahre und ein Anpassungsbericht alle fünf Jahre schaffen Transparenz und Kontrolle
- **Flächenpolitik aktiv gestalten:** Unterstützung der Regionalverbände bei der Sicherung der gesetzlich festgelegten Flächenziele für Wind- und Solarenergie; Monitoring zur tatsächlichen Nutzung; Doppelnutzung von Flächen schneller voranbringen: Ausbau für Agri-PV in BW sichern; Berücksichtigung von Naturschutz und Ernährungssicherheit.

- **Solaroffensive fortsetzen:** Bestehende PV-Pflicht bei Neubauten, großen Parkplätzen und Dachsanierungen weiter konsequent umsetzen und den Ausbau von Freiflächen-PV und der flächensparenden Agri-PV beschleunigen.
- **Öffentliche Hand als Vorbild:** CO₂-Schattenpreis bei Landesinvestitionen, PV-Ausbau und Sanierung bei Landesliegenschaften, konsequente Förderung klimaneutraler Bauweisen.
- **Sicherung von Flächen rund um Umspannwerke:** Um die Erweiterung bestehender Umspannwerke zu ermöglichen, sollen angrenzende Flächen frühzeitig planungsrechtlich gesichert